

„Ohne Angst in die Politik“

Migranten: IKUZ und Kulturverein reagieren auf AfD-Aussagen

Bad Hersfeld – Bei der Kommunalwahl waren in allen Gemeinden und auf fast allen Listen Menschen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert (wir berichteten). Den Parteien fehlten auf Anfrage unserer Zeitung dafür schlüssige Erklärungen. Jetzt hat sich das Interkulturelle Zentrum (IKUZ) zu Wort gemeldet und aufgrund der engen und langjährigen Kontakte zu Menschen mit Migrationshintergrund, eine Antwort zu geben versucht.

„Wie sollen Menschen mit Migrationshintergrund, die nicht gerade mit offenen Armen empfangen werden, mit täglichen unerschwinglich ablehnender Haltung seitens der Behörden und Bürgern zu kämpfen haben, hier politisch tätig werden?“, erklärt Iris Plass-Geißler, die ehemalige Vorsitzende des IkuZ im Namen des Vorstands. „Es ge-

hört schon sehr viel Mut und Selbstbewusstsein dazu, sich dann auch noch politisch aus dem ‘Fenster zu hängen’, zumal viele Neubürger zunächst eine Wohnung und Arbeit finden, sowie die Sprache und Gepflogenheiten der neuen Heimat lernen müssten. Dabei bräuchten sie eine starke Unterstützung.

Zum politischen Engagement gehöre aber auch, sich willkommen zu fühlen und keine Angst zu haben, bei Meinungsverschiedenheiten „persönlich niedergemacht zu werden“, sagt Plass-Geißler. Sie plädiert deshalb für eine Versachlichung der Debatten – das wäre „für Inländer wie für Ausländer angenehmer“ und würde der Parteiverdrossenheit vorbeugen.

Deutliche Kritik übt Plass-Geißler an den Aussagen des AfD-Landtagsabgeordneten Gerhard Schenk. Es sei nicht

nachvollziehbar, dass er sich nicht vorstellen kann, mit Moslems politisch zusammenarbeiten. Es gebe genügend Beispiele, auch auf Landes- und Bundesebene, wo das funktioniert. „Wir im IkuZ haben wunderbare Menschen kennenlernen können, die von ihrem Bildungsgrad als auch vom Umgang mit Menschen vorbildlich waren. Manch einer unserer deutschen Mitbürger könnte sich da eine Scheibe abschneiden“, meint Plass-Geißler.

Mit Bedauern hat auch Fatih Evren, Aufsichtsratsmitglied im Türkisch-Islamischen Kulturverein aus Bebra auf die Äußerungen des AfD-Abgeordneten Schenk reagiert. „Muslime gehen mit dem Rechtsstaat so um wie Christen, Juden und Buddhisten auch“, sagte er im Gespräch mit unserer Zeitung. „Politik sollte nichts mit Reli-

gion zu tun haben: Das muss man ganz klar trennen“, so Evren. Es gebe Regeln, die von der Religion vorgegeben werden und an die man sich hält. So würden in der Moschee zum Beispiel keine Schuhe getragen. „Außerhalb der Moschee wird sich an die Regeln des Rechtsstaats gehalten“, stellt Evren klar.

In seiner Gemeinde registrierte man, dass Vorbehalte gegen den Islam und Muslime zunehmen. Gleichwohl sei die Ablehnung in unserer Region nicht so ausgeprägt wie an anderen Orten. Zudem versuchten die Gemeinden, mit offenen Gotteshäuser und Kulturfesten Vorurteile abzubauen. Dennoch führten diese Vorbehalte dazu, dass Migranten der Mut fehlt, „sich für Wahlen aufstellen zu lassen, weil sie befürchten, dass es ein falsches Bild von ihnen gibt.“